

WM Verwaltung & Management

Zeitschrift für moderne Verwaltung

Öffentliche Aufgaben ■ E-Government ■ Finanzen und Rechnungswesen ■
Führung und Strategie ■ Public Governance ■ Organisation ■ Personalmanagement

Aus dem Inhalt

Klaus Lenk

Transdisziplinäre Verwaltungswissenschaft

Hans Peter Bull

Was heißt eigentlich „Verwaltungsinnovation“?

Ulf Papenfuß/Christian Schmidt/Florian Keppeler

Nur 823 von 2.948: Deutschlandweites

Transparenzgefälle bei Top-Managementvergütung
öffentlicher Unternehmen

Kristin Wagner/Jan Quast/Helge C. Brixner/Dennis Hilgers

Das parlamentarische Berichtswesen im doppelten
Produkthaushalt

www.vum.nomos.de



Nomos

3 | 2017
Mai | Juni

Auf ein Wort...

Transdisziplinäre Verwaltungswissenschaft

Klaus Lenk

Neben Verwaltungswissenschaften, die aus verschiedenen disziplinär geprägten Blickwinkeln die öffentliche Verwaltung und staatliches Handeln empirisch erforschen, gibt es eine handlungspraktische Verwaltungswissenschaft (im Singular). Man kann sie kurz als Sollenswissenschaft im Gegensatz zu den Seinswissenschaften kennzeichnen. Sie soll das Verwaltungshandeln reflektieren und unterstützen. Im Zentrum dieser transdisziplinären Verwaltungswissenschaft steht eine breit verstandene Managementlehre, welche die Besonderheiten öffentlichen Handelns ernst nimmt. Weil Verwaltungshandeln vielfältigen Anforderungen unterliegt und damit mehrere Rationalitäten verbinden muss, ist ein so konzipiertes Public Management in zwei Richtungen hin offen, zur Rechtswissenschaft und zu den professionellen Sichtweisen der einzelnen Berufe in der öffentlichen Verwaltung.

Was heißt eigentlich „Verwaltungsinnovation“?

Hans Peter Bull

Was treibt Verwaltungsinnovation? So fragt Martin Brüggemeier im vorigen Heft dieser Zeitschrift. Er behauptet, die „E-Transformation“ der öffentlichen Verwaltung sei in den vergangenen zehn Jahren nicht vorangekommen, und sieht einen wesentlichen Grund dafür in mangelndem Wettbewerb. Die Wissenschaft solle daher die Funktion eines „innovations-treibenden Wettbewerbssurrogats“ übernehmen. So berechtigt der Ruf nach intensiver wissenschaftlicher Durchdringung des Reformgeschehens ist, so fragwürdig erscheint doch die dafür vorgetragene Begründung. Die deutsche Verwaltung hat die Nutzung der elektronischen Technologien keinesfalls verschlafen, sondern ist inzwischen durchaus modern ausgestattet. Unkritisches Streben nach weiteren Innovationen ist ebenso wenig angebracht wie die Inpflichtnahme der Wissenschaft für die Technologieförderung.

Nur 823 von 2.948: Deutschlandweites Transparenzgefälle bei Top-Managementvergütung öffentlicher Unternehmen

Ulf Papenfuß/Christian Schmidt/Florian Keppeler

Die Transparenz der Vergütung bei Top-Managementorganmitgliedern öffentlicher Unternehmen ist, u.a. aufgrund der zunehmenden Zahl an Transparenzgesetzen, ein relevantes Thema. Diese Studie liefert deutschlandweite Befunde zur Vergütungs-offenlegung für 2.948 öffentliche Unternehmen aller Städte mit über 30.000 Einwohnern, der Landkreise sowie der Bundes- und Landesebene. Auf kommunaler Ebene wird, trotz der Anforderungen, lediglich für 19,9 Prozent der untersuchten Unternehmen die Vergütung personenbezogen offengelegt – bei Flächenländern und dem Bund zeigen sich zwar höhere, aber strukturell auch verbesserungsbedürftige Werte. Auf kommunaler Ebene ist eine – auf niedrigerem Niveau – höhere, personenbezogene Vergütungstransparenz z.B. in Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und bei den Stadtstaaten zu verzeichnen. Auffällig niedrig ist die Transparenzkultur bei kleineren Städten und bei den Landkreisen. Strukturelle Offenlegungsdefizite bestehen durchgehend für mittelbare Beteiligungen, trotz des maßgeblichen Einflusses der öffentlichen Hand. In Gesamtsicht deuten die Daten stark daraufhin, dass das Ziel der personenbezogenen Offenlegung nur über präzise gesetzliche Regelungen und deren faktische Durchsetzung durch die verantwortlichen Akteure zu erreichen sein wird.

VM 3/2017

114	Das parlamentarische Berichtswesen im doppelischen Produkthaushalt	145
115	<i>Kristin Wagner/Jan Quast/Helge C. Brixner/Dennis Hilgers</i>	
	Das öffentliche Haushalts- und Rechnungswesen in Deutschland wird seit den 1990er Jahren grundlegend reformiert, um bessere Entscheidungsgrundlagen für die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung zu schaffen. Dieses Ziel ist auch mit der Einführung der doppelischen Rechnungslegung in der Freien und Hansestadt Hamburg verfolgt und um die Ausrichtung der Haushaltsplanung an doppelischen Größen, Zielen und Wirkungen ergänzt worden. 2013 wurde das neue Haushaltsverfahren in der Landeshaushaltsordnung (LHO 2015) gesetzlich verankert. Dieser Artikel geht der Frage nach, ob der in der Landeshaushaltsordnung kodifizierte doppelische Produkthaushalt und die Berichtsinstrumente geeignet sind, um eine größere Transparenz über Konsequenzen haushaltspolitischer Entscheidungen sowie eine Stärkung des parlamentarischen Budgetrechts zu erreichen. Es wird gezeigt, dass die Entscheidungsträger die Reform akzeptieren und die Informationen nutzen. Schließlich werden Möglichkeiten aufgezeigt, wie die erzielten Fortschritte nachhaltig gesichert werden können.	
128	Cyberangriffe und Datensicherheit in öffentlichen Netzwerken und Dateninfrastrukturen in Deutschland	154
	<i>Bernd W. Wirtz/Jan C. Weyerer</i>	
	In den letzten Jahren haben Cyberangriffe und Datensicherheit in Wirtschaft, Politik und Verwaltung zunehmend an Bedeutung gewonnen. Trotz des erheblichen Bedeutungsanstiegs gibt es in der Wissenschaft bislang kaum umfassende empirische Studien darüber, wie die öffentliche Verwaltung Cyberangriffe auf öffentliche Netzwerke und Dateninfrastrukturen wahrnimmt und diese bewältigt. Ziel dieses Beitrags ist es daher auf Basis einer solchen Studie den Status quo der Datensicherheit in der öffentlichen Verwaltung in Deutschland zu beschreiben und dabei insbesondere relevante Einstellungen von IT-Experten aus der öffentlichen Verwaltung zu untersuchen, sowie herauszufinden in welchem Umfang geeignete Maßnahmen zum Schutz sensibler behördlicher Daten implementiert sind. Die Ergebnisse dieser Studie sollen der Verwaltungspraxis helfen eine klare Entwicklungslinie zu entwerfen bzw. verfolgen, um zukünftig den vielfältigen Herausforderungen der Datensicherheit gerecht zu werden und Cyberangriffe erfolgreich abzuwehren.	
135	Gestaltung des öffentlichen Raums durch plattformbasierte Zusammenarbeit	160
	<i>Lisa Schmidhuber/Dennis Hilgers/Simone Stütz</i>	
	Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit einem innovativen Ansatz, Organisations- und Entscheidungsprozesse in einer Gemeinde gegenüber dem Bürger zu öffnen. Am Beispiel eines öffentlichen Ideenwettbewerbes der Stadt Linz wird gezeigt, wie Open Government in der Praxis angewendet wird, welche Bevölkerungsgruppen teilnehmen und mit welchen Motiven und Erwartungen Bürger einer Zusammenarbeit mit der öffentlichen Verwaltung begegnen. Die Untersuchung verdeutlicht die vielfältigen Chancen und Potenziale, die mit einer plattformbasierten Zusammenarbeit einhergehen und zeigt auf, in welchen Bereichen aktuell Forschungsbedarf besteht.	
	Nachrichten	166
	Impressum	168
		113